



HESSEN

LANDES JOURNAL

HPVG – ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Auf dem Weg zu einem ehrlichen Miteinander

Die Gewerkschaft der Polizei bemängelt seit Jahren die von dieser Landesregierung geschaffenen Deregulierungen im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG). Mitbestimmungs- und Freistellungsreduzierungen haben dazu geführt, dass personalrätliches Selbstverständnis kaum noch gestaltbar ist. Unsere Basisarbeit mit und für unsere Kolleginnen und Kollegen wurde erschwert und die noch vorhandenen Mitbestimmungstatbestände werden in vielen Fällen missachtet und Fakten, an den Personalratsgremien vorbei, geschaffen.

Verantwortungsvolles Handeln in den sensiblen Bereichen von Personalführung, Begleitung und Betreuung ist Tagesgeschäft und bestimmt in weiten Teilen unser Handeln. Die unsensible und dirigistische Personalführung der Vergangenheit leistete in vielen Fällen dieser Fehlentwicklung deutlichen Vorschub. Es ist nicht weit hergeholt, dass in diesem Zusammenhang die „strategischen Amputationen“ der personalrätlichen Rechte ein tragendes Fundament derzeit bestehender Defizite in unserer Führungskultur sind.

Den Worten müssen Taten folgen

Glauben wir den Worten unseres neuen Innenministers Boris Rhein, so hat er, wie auch wir als Gewerkschafter, ein großes Interesse an einer neuen Führungskultur in unserer Polizei. Wir haben in Gesprächen mit Innenminister Boris Rhein sehr deutlich gemacht, was wir in



Lothar Hölzgen

dieser Phase des angekündigten Wandels von ihm erwarten, damit die Ernsthaftigkeit und die vollmundig angekündigten Änderungen auch stattfinden können.

Neben dem neu geschaffenen Polizeibeauftragten Henning Möller befinden wir Personalräte uns auf einer Verantwortungsebene mit den Behördenleitungen und erheben an uns selbst den Anspruch, diesem auch gerecht werden zu wollen. Ich erwarte vom Innenminister, dass er ein seit Jahrzehnten erprobtes und legitimes Regulativ – die Personalräte, an dem Neugestaltungsprozess unserer hessischen Polizei aktiv teilha-

ben lässt, ja, dies sogar von uns einfordert.

Mit dem gleichen Selbstverständnis erklärt Innenminister Boris Rhein auch seine Personalentscheidung pro Henning Möller und hebt seine besonderen und unverzichtbaren Erfahrungen aus seiner personalrätlichen Arbeit hervor und präferiert an dieser Stelle, gewollt oder ungewollt, eine Stärkung unserer Personalräte.

Politische Glaubwürdigkeit erwächst aus dem Erfolg des Handelns

Ich will den Glauben an eine ehrliche, transparente und am Menschen orientierte Führungskultur in unserer hessischen Polizei wiedergewinnen, stelle dies aber sehr deutlich in Abhängigkeit von sehr zeitnahen Entscheidungen des Innenministers.

In dieser besonderen Situation ist ein Blick zurück (auf das HPVG von 1999) ausdrücklich erwünscht, da es uns sehr deutlich auf ein Gleis führt, das wir gerne mit Hochgeschwindigkeit in eine bessere Zukunft befahren wollen.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang sehr deutlich darauf hinzuweisen, dass die Rahmenbedingungen, die zu den Missständen in der jüngsten Vergangenheit führten, auch eine sehr deutliche, politische Handschrift trugen. In einem ersten Schritt wurden „Verträge“ neu unterzeichnet. **Weitere Schritte müssen folgen.**

Lothar Hölzgen

WECHSEL AN DER SPITZE IN DER GdP-FRAUENGRUPPE

Elke Oswald neue Landesfrauenvorsitzende

Die gewerkschaftliche Arbeit in der GdP, mit einem besonderen Blick auf unsere Kolleginnen, hat in den letzten Jahren ein Gesicht bekommen.

Sandra Temmen; ein Gesicht, das sich untrennbar mit den Attributen Akribie, Detail- und Aufbauarbeit und kompaktes Wissen in der breiten Palette gewerk-

schaftlicher Aufgaben verbindet, hat einen Funktionswechsel herbeigeführt und die Grundlage für Kontinuität in der „Frauenarbeit“ sichergestellt.

Ihr Wissen aus jahrlanger personalrätlicher Arbeit, Bundes- und Landesfrauenvorsitz sowie der Aufbau und die Arbeit als Vorsitzende der Kindertagesstät-

te der „EG Kiddy e.V.“ sind Grundlage für ihr weiteres, gewerkschaftliches Engagement. Mit Ihrer Wahl in den geschäftsführenden Landesvorstand steht Sandra vor einer neuen Herausforderung, der sie sich in den kommenden Jah-

Fortsetzung auf Seite 2



WECHSEL AN DER SPITZE IN DER GdP-FRAUENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 1

ren stellen wird. Es entspricht ihrer gewerkschaftlichen Grundüberzeugung, sich dieser Aufgabe mit vollem Einsatz zu widmen und hat sich, neben dem gewerkschaftspolitischen Tagesgeschäft, die arbeitsaufwendige Betreuung unserer Internetseite (gemeinsam mit Ruth Brunner und Peter Wittig) zur Aufgabe gemacht.

Die Übergabe des „Staffelholzes“ an die neue Landesfrauenvorsitzende Elke Oswald erfolgte am 14. Oktober 2010 im Rahmen einer Sitzung des Landesfrauenvorstandes. Elke Oswald, die „starke Frau“ aus Frankfurt, führt dort seit Jahren erfolgreich die Kreisgruppe Frankfurt-Süd und begleitet die Arbeit in der Frauengruppe in der Spitze ebenfalls seit vielen Jahren. Durch ihren Wechsel an die Spitze musste auch die Vakanz in der stellvertretenden Funktion aufgelöst werden. Mit Kerstin Wöhe (BZG Mittelhessen) komplettierte sich der Landesfrauenvorstand.

Das erfolgreiche Team Oswald/Temmen bleibt aber mit Blick auf die Gewerkschaftsarbeit im Bundesfrauenvorstand zusammen. Durch einen Beschluss



Elke Oswald, die neue Landesfrauenvorsitzende

der 5. Bundesfrauenkonferenz im März dieses Jahres war aus jedem Land auch eine Vertreterin zu benennen; diese Aufgabe wird Sandra Temmen wahrnehmen.

Den „starken GdP-Frauen“ dürfen wir auf diesem Wege zu ihren einstimmigen Wahlen noch einmal gratulieren und freuen uns schon heute auf gute Zusammenarbeit. **Lothar Hölzgen**

AUS DER POLIZEISTIFTUNG**PP Mittelhessen: Tue Gutes und rede darüber!**

Mit über 30 Informationsständen und Attraktionen hatte die Grünberger Polizei beim gut besuchten „Tag der offenen Tür der Polizeistation Grünberg“ am Sonntag, dem 19. September 2010, Besucher aus nah und fern begeistert. Aus unterschiedlichen Aktionen war die schöne Summe zusammengekommen. Dazu Stationsleiter Karl-Ludwig Ruckelshauß: „**Viele fleißige Helfer, ehemalige und aktuell Beschäftigte der Grünberger Station, sowie deren Familienangehörige haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt und gemeinsam dafür gesorgt, dass es für einen gefüllten Spendentopf reicht.**“

Die Hessische Polizeistiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Polizeibeschäftigten und deren Angehörigen nach schwierigen Situationen, z. B. Unfall, schwerer Verletzung oder wenn Kollegen in Ausübung ihres Dienstes ums Leben kommen, zu helfen. Dies auch über einen längeren Zeitraum hinweg. Jens Mohrherr als Vorsitzender freute sich über die Zuwendung. Er sagte: „**Wir können für die Stiftung jeden Euro gut gebrauchen und garantieren, dass das Geld genau da landet, wo es wirklich gebraucht wird.**“

Polizeipräsident Manfred Schweizer schloss sich an und dankte den Organisatoren und Helfern aus Grünberg. Er führte aus: „Es ist gut, dass es bei solch schlimmen Ereignissen für Beschäftigte oder Angehörige neben einer staatlichen Versorgung noch zusätzliche Hilfeleistung gibt. Auch in unserem Poli-



Leiter der PSt Grünberg Karl-Ludwig Ruckelshauß (links), Jens Mohrherr (Bildmitte) und Polizeipräsident Manfred Schweizer (rechts) bei der Scheckübergabe an die Hessische Polizeistiftung.

zeipräsidium hat die Polizeistiftung schon helfen können. Wir wissen um die Wichtigkeit ihrer Arbeit und unterstützen dies mit unserer Spende sehr gerne.“ **Jens Mohrherr, Wiesbaden**



BUNDESKONGRESS: SICHERHEIT IST MEHRWERT

Terrorwarnung und Gewalt gegen die Polizei im Mittelpunkt des 24. GdP-Bundeskongresses

254 Delegierte bearbeiteten beim 24. Ordentlichen Bundeskongress der GdP 224 Anträge und Resolutionen im Estrel-Hotel in Berlin-Neukölln. Groß war dabei das Interesse von Medien und auch von Politikern und Gewerkschaftern. Gekommen waren unter anderem Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Bundespräsident Christian Wulff, SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel, Berlins Innensenator Körting, DGB-Vorsitzender Michael Sommer, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, die früheren GdP-Vorstände und späteren Polizeipräsidenten von Braunschweig, Udo Ahlers, und Köln, Klaus Steffenhagen, die früheren GdP-Bundesvorsitzenden Norbert Spinrath und Hermann Lutz und einige andere Politiker und Repräsentanten von Po-



Bundespräsident Christian Wulff

Der sei, im Nachhinein betrachtet, von einigen nicht zu akzeptierenden Vorkommnissen geprägt worden. Dazu gehörten die zu langen Einsatzzeiten, die kaum vorhandenen Sanitäreinrichtungen, die schlechte und unterschiedliche Vergütung der Kräfte und einiges andere mehr. Das alles müsse von den Personalräten und der GdP aufgearbeitet werden.

Freiheitlich-demokratisches Leben beibehalten

Auch wenn einige Terroristen unsere Freiheit bedrohten, so sollten wir uns dennoch nicht Angst machen lassen und unser freiheitlich-demokratisches Leben beibehalten, darin sei er sich mit allen Fraktionen des Bundestags einig, versicherte Bundesinnenminister (BMI) Thomas de Maizière. Islamischer Terrorismus sei ein Missbrauch des Glaubens, so sagten es viele Moslems. Man müsse zwar wachsam sein. Aber dies dürfe nicht dazu missbraucht werden, hier ordentlich lebende Moslems unter Generalverdacht zu stellen. Wachsamkeit dürfe nicht in Broschüren gepredigt werden, sie sei eine Aufgabe aller Bürger. So hätten verschiedene Anschläge in der Vergangenheit verhindert werden können. „Die Polizei erfüllt ihre Aufgabe professionell, auch

wenn sie mit hinterhältigen Anschlägen rechnen müsse“, lobte der BMI. Sie stehe immer in vorderster Front, nicht nur bei Großeinsätzen, sondern auch im täglichen Dienst.

Er ging auf die unterschiedlichen Sicherheitsstandards bei der Personenüberwachung und bei der Fracht im Luftverkehr ein, forderte die Schließung bestehender Lücken. De Maizière verurteilte die Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte. „Wer Gewalt anwendet, bricht das Recht auf friedliche Demonstration“. Man könne, auch bei punktueller Gewalt nicht davon reden, „dass der Einsatz im Großen und Ganzen friedlich verlaufen ist“. Auf der anderen Seite spricht man davon „der ganze Einsatz war Mist“, wenn zwei Schutzleute „aus dem Ruder gelaufen sind“. Der Minister verurteilte Abgeordnete, die zu Straftaten aufgerufen hätten (Entschottern), und er wies zurück, dass die Polizei ihrerseits Gewalt angewendet hätte. „Polizis-



Der neugewählte GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut aus Niedersachsen

izei und Bundeswehr. Das alles bedeutete aber auch, dass die Sicherheitsvorschriften ernster gehandhabt wurden als normal, ganz in dem Sinne des Kongress-Mottos: „Sicherheit ist Mehrwert“.

Bernhard Witthaut (Niedersachsen), der später zum Nachfolger von Konrad Freiberg (Hamburg) als GdP-Bundesvorsitzender gewählt wurde, eröffnete die Veranstaltung mit einem Blick auf den zurückliegenden Castor-Einsatz.



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière

ten werfen keine Steine“. Er versprach, dass der Schutzbereich für Polizei und Rettungskräfte erhöht, dass der Strafraumen für qualifizierte Körperverletzung

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3



Siegmur Gabriel, SPD-Bundesvorsitzender

ausgeweitet werde und dass man wegen der zunehmenden Gewalt von rechts und links Gesetze verschärfen müsse.

Er lobte aber auch die verbesserte Ausrüstung bei der Bundespolizei und verteidigte die Erhöhung der Arbeitszeit, die den Personalabbau kompensiert habe. Personalaufbau alleine löse aber nicht die Probleme der Zukunft wie Cyberkriminalität, Organisierte Kriminalität und andere Straftaten. Man brauche nicht nur mehr Schutzleute auf der Straße, sondern auch mehr Personal an Computern. Abschließend verwies der BMI darauf, dass er einen Eid auf die Verfassung abgelegt habe, ähnlich wie die Polizei. „Dieser Eid verbindet uns, zum Wohle unseres Landes.“

Die Polizei in die Politik einbeziehen

Die GdP habe vor Terrorismus und Panikmache gewarnt, habe als Interessensvertretung Zurückhaltung gezeigt, versicherte Konrad Freiberg in seiner ergänzenden Rede zum Geschäftsbericht, die immer wieder von Beifall begleitet wurde. Es mache aber den Umgang mit der Politik schwierig, wenn man die GdP zu den Beratungen nicht hinzuziehe. „Wir haben 170 000 Mitglieder. Wir sind die Stimme der Polizei. Wir versuchen, das in die Öffentlichkeit zu tragen.“ Es gehe nicht an, dass man immer wieder mit einer anderen Berufsorganisation verwechselt werde, wo ein „Rhetorik-Tarzan“ auftrete und die Öffentlichkeit verunsichere. „Man hat zwar keine Ahnung, aber eine Meinung.“ Es sei bedauerlich,

dass solche Menschen in der Öffentlichkeit angehört würden und die GdP sich für deren Äußerungen rechtfertigen müsse. Immerhin habe die GdP den Anspruch, Sprecherin der Polizei zu sein.

Konny Freiberg ging auf die Einsatzbelastungen beim Castortransport ein und verwies darauf, dass die Regierung durch die Aufgabe des Atomkonsenses den vier großen Energiekonzernen entgegengekommen sei. Da habe man mit Protestpotenzial und vermehrten Gewalttaten durch Straftäter rechnen müssen. Es sei schwierig gewesen für die Polizei, bei der Sitzblockade im Wendland friedliche Bürger einzeln wegzutragen. Die Alternative wäre aber nur das Zurückfahren der Castoren gewesen oder die Anwendung unmittelbaren Zwangs mit Pfefferspray und Wasserwerfern. Das habe er sich nicht vorstellen können. Davon hätte sich die Polizei lange nicht erholt.

Freiberg griff gesellschaftliche Probleme auf wie die Schere zwischen arm und reich, Gewalt gegen die Polizei und abnehmendes Verständnis für die Politik. Er verwahrte sich davor, von der Politik institutionalisiert zu werden. „Wir sind weder für noch gegen Kernenergie oder



DGB-Bundesvorsitzender Michael Sommer

„Stuttgart 21“, wir sind als Institution neutral.“ „Auch wenn wir beschimpft und bespuckt werden, so verfolgen wir dennoch Straftäter von links und rechts und werden weiter für die demokratische Grundordnung kämpfen“, versicherte er. „Die Polizei kann keine gesellschaftlichen Konflikte lösen. Wir wollen nicht als Puffer zwischen der Politik und den Bürgern missbraucht werden“, rief er den Politikern zu. 10 000 Stellen seien

bei der Polizei und 3000 im Tarifbereich gestrichen worden und die Streichung von weiteren 9000 Stellen sei in den Etats der Länder zu erwarten, griff Freiberg die Politiker an. Die Polizei sei zum Hassobjekt junger Leute geworden. Sie dürften straflos T-Shirts mit der Aufschrift „ACAP“ (All Cops Are Bastards) tragen. Das müsse von der Gesellschaft geächtet werden. Polizist/innen stünden unter erhöhtem Stress, Krankenstand und Burn-out-Syndrom“ nähmen zu. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Politiker nur mit der Streichung des Weihnachtsgeldes und weiterer Stellen antworteten. Das sei zumindest politisch eine „unterlassene Hilfeleistung“ der Verantwortlichen. Die GdP sei stolz auf die Anerkennung der Polizei durch die Bevölkerung. Die Polizei leiste gute Arbeit. „Glaubwürdigkeit, Zusammenarbeit und Solidarität sind die Grundlagen unserer Arbeit. Das gilt nicht für die Politik“, rief Konrad Freiberg in den Saal, der ihm mit stehendem Applaus dankte. „Auch für die weitere Zukunft gilt: Wir müssen leidenschaftlich das Wünschbare im Blick halten und beharrlich das Machbare tun. Wir müssen handeln aus Überzeugung und überzeugen durch Handeln. Und das geht nur mit einer starken Gewerkschaft der Polizei. Und nie vergessen: Wir sind die Guten.“

Gemeinsam sind wir stark

„Polizei: Der geilste Job der Welt“, feuerte Bernhard Witthaut die Delegierten an. Das ist toll und soll so beibehalten werden, sagte er im Hinblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen. Der öffentliche Dienst dürfe von den Gehaltserhöhungen nicht abgekoppelt werden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass wir gegeneinander ausgespielt werden“, betonte Witthaut. „Pensionäre, Rentner, Beamte, Tarifbeschäftigte sind eine Einheit. Gemeinsam sind wir stark.“

Die GdP sei 60 Jahre alt geworden und habe viel erreicht. Die Kolleg/innen hätten gekämpft für Erfolge. Darauf könnten sie stolz sein. Mitbestimmung, zweigeteilte Laufbahn, bedarfsorientiertes Wechselschichtmanagement, Schutzwesten gehörten dazu. Die Polizei habe als zivile Einrichtung ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft gefunden. „Lasst uns diesen Weg gemeinsam fortsetzen“, forderte er. Es gebe eine neue Qualität der Gesellschaft. Kriminalität, Gewalt gegen die Polizei, Großeinsätze, Unfälle, Arbeitsverdichtungen, physische und psychische Stressbelastung seien an der Tagesordnung. Das Durchschnittsalter stei-



BUNDESKONGRESS: SICHERHEIT IST MEHRWERT

ge an, der Personalmangel werde deutlich und dennoch sollten in den kommenden Jahren weitere 9000 Stellen wegfallen. „Das ist eine Pervertierung des Föderalismus.“

Es sei notwendig, bei der Personalbemessung Region und Behörden zu berücksichtigen, die akademische Ausbildung beizubehalten, Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen wegen ihrer Sprache und Kultur, die Dienstpläne so zu gestalten, dass Familie und Beruf vereinbar seien. Man müsse die Gesundheitsvorsorge ausbauen, dürfe die seelischen Belastungen nicht außer Acht lassen. Polizei und Rettungskräfte müssten besser gegen Gewalt geschützt werden. Das seien alles noch Zukunftsaufgaben für die GdP. Bisher angeschobene Konzepte wirkten, so Bernhard Witthaut, weil sie von den Kolleg/innen vor Ort getragen würden. Es gelte, Austritte zu verhindern, vorliegende Herausforderungen zu meistern im Tarifverbund mit ver.di und als Teil der Familie im DGB.

Wer die Zukunft gestalten wolle, dürfe nicht vergessen, woher er komme. Die GdP setze auf ein schlankes Ehrenamt, um die Bodenständigkeit nicht zu vergessen. Trotz steigender Arbeitsbelastung müssten neue Wege gegangen werden. Eine projektorientierte Mitarbeit kleiner von Expertenwissen getragenen Gremien könne dabei helfen.

Bernhard Witthaut forderte Geschlossenheit von der GdP. Man müsse die Personalratswahlen gewinnen, GdP und Personalräte seien die Interessenvertreter der Polizei. Das müsse so bleiben. Es gehe nicht an, dass mit der „inneren Sicherheit“ Politik gemacht werde. „Die Politik muss die Polizei unterstützen, damit sie die innere Sicherheit gewährleisten kann“ schloss der neue Bundesvorsitzende seine Rede.

Ein exzellenter Vorsitzender

Beifall erhielt der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel für seine Rede. Nicht alles, was aus Niedersachsen komme, sei schlecht, meinte er. „Bernhard Witthaut ist ein exzellenter Vorsitzender.“

Die Bedrohungslage habe sich zuspitzt. Auch die SPD sei dankbar für das Handeln von Thomas de Maizière, selbst bei der Vorratsdatenspeicherung. Es gehe nicht an, dass der BDK den Einsatz der Bundeswehr fordere. „Wir sind hier nicht in einem Krieg, auch nicht in einem psychologischen Krieg“. Bürgerwehren, schwarze Sheriffs und Soldaten seien keine Garanten für innere Sicherheit. Das seien nur gut ausgebildete Polizeibe-

schäftigte. „Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein“, forderte er. Man könne über die Zusammenführung von Bundespolizei und Zoll reden, aber nicht mit dem Ziel, Personal abzubauen. Angesichts der Bedrohungslage leiste die Polizei einen objektiven Sicherheitsbeitrag. Die Menschen fühlten sich durch



Der ehemalige GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg

deren Präsenz sicherer. Diese Professionalität reiche, die innere Freiheit nicht zu verlieren.

Gabriel ging auf die steigende Belastung der Polizei ein. Dass die Politik den Konflikt um Gorleben belebt habe durch ihren Ausstieg aus dem Ausstieg der Atomenergie sei eine Riesen-Dummheit. Dazu komme, dass diese Regierung den Atomkonzernen noch Milliarden Gewinne zuschance. Der SPD-Vorsitzende beklagte die Zunahme der Armen in dieser Republik. Es müsse Wohlstand geben für alle, nicht nur für wenige in den Vorstandsetagen der Konzerne. Wer mit Milliarden unterstützt werde, müsse auch dafür bezahlen. Es gehe nicht an, dass Kommunen Schwimmbäder und Theater schließen müssten, dass kein Geld da sei für Vereine. „Kommunen sind die Stätten des Zusammenlebens, wo wir wohnen und wo es Kindergärten gibt“, rief er unter dem Beifall der Anwesenden in den Saal. Hier fühlten sich die Menschen sicher. Sozialer Friede und innere Sicherheit seien zwei Seiten einer Medaille. Gabriel klagte die zunehmende Gewalt gegen die Polizei an, dass Diebstahl härter bestraft werde als Körperverletzung. Gute Arbeit brauche guten Lohn, gewachsene Anforderungen brauchten eine verbesserte Ausbildung

und eine bessere Bezahlung. Sein Dank galt nicht nur der GdP und der Polizei, sondern auch dem scheidenden Vorsitzenden Konrad Freiberg. Er sei zehn Jahre lang der Repräsentant der Polizei gewesen, habe sich um Beamte und Tarifbeschäftigte gekümmert, ohne in der Gefahr zu sein, populistischen Strömungen hinterherzulaufen.

Polizei kann Probleme der Gesellschaft nicht alleine lösen

Auch wenn die Polizei hervorragende Arbeit leiste, so könne sie die Probleme dieser Gesellschaft nicht alleine lösen, sie brauche dazu auch die Politiker, stellte Bundespräsident Christian Wulff in einer viel beachteten Rede fest. Ohne Polizei würde unser Rechtsstaat nicht funktionieren. Sicherheit sei ein „MehrWert“ für den Standort Deutschland, ging er auf das Motto der GdP ein, den man sich etwas kosten lassen müsse, weil er Zinsen bringe. In Deutschland sei die Lebensqualität groß. Hier fühlten sich auch Ausländer sicher. Das sei in anderen Ländern anders, wo man sich private Sicherheit oder sogar die Polizei „kaufen“ müsse. „In unserem Gemeinwesen gilt die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren.“ Die GdP habe geholfen, diesen Rechtsstaat zu schaffen.

Wulff ging auf die Arbeitsbedingungen ein, die noch verbessert werden müssten, lobte das entwickelte Bewusstsein der Polizei, die sich modernisiere, die auf die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund setze. Die Polizei sei ein Spiegelbild der Gesellschaft. Sie solle klare Signale gegen zunehmende Gewalt setzen. Prävention, eine wirkungsvolle Sozialpolitik und breite Bildungsmöglichkeiten verhinderten zunehmende Kriminalität. Es gäbe keine Entscheidungen der Politik ohne Zielkonflikte. Man müsse den Menschen die Entscheidungen aber auch verständlich machen. Es sei gut, dass sich die Polizei frühzeitig mit Bürgerinitiativen in Verbindung setze. Die Demonstrationsfreiheit erlaube, „sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Es dürfe keinen Zweifel geben an der Durchsetzung dieses Rechts. Der Bundespräsident lobte das positive Bild, das die Polizei genieße, auch bei Auslandseinsätzen. Er lobte die GdP für ihr kritisches Engagement und mutiges Auftreten. Sein Dank galt aber auch Konrad Freiberg für seine jahrzehntelange Arbeit in der Polizei. Er sei ein kompetenter Vertreter der Polizeiinter-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

essen gewesen. Die GdP lud er zu regelmäßigen Gesprächen ein. Die Delegierten dankten Christian Wulff mit „Standing Ovation“.

Polizei darf nicht zum Büttel gemacht werden

„Die Polizei in diesem Staat ist die Polizei. Die Polizei ist ein Garant von Rechtsstaatlichkeit“, zitierte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den früheren Bundeskanzler Willy Brandt. Die Polizei dürfe nicht zum Büttel gemacht werden für Fehler der Politik. Auf ihrem Rücken dürften nicht Konflikte und Probleme ausgetragen werden. Die innere Sicherheit sei Sache der Polizei. Sie dürfe niemals Sache der Bundeswehr werden.

Eine kluge schwäbische Hausfrau sorgte sich um ihre Familie, nicht um die ortsüblichen Betrüger. „Wenn man Geld braucht, sucht man es nicht bei seinen Dienern“, prangerte Michael Sommer das Sparpaket der Bundesregierung an. Der DGB-Vorsitzende lobte die GdP als Teil einer großen Familie, die wesentlich Fragen der inneren Sicherheit und des Beamtenrechts formuliere. Er zeigte sich informiert über die Probleme der Polizei und forderte eine bessere Ausbildung und Bezahlung für die Staatsdiener.

Norbert Weinbach

DIF-Training bei der Ordnungspolizei im Rheingau-Taunus-Kreis



Gruppenbild

Im November 2010 trafen sich die Ordnungspolizeibeamtinnen und Ordnungspolizeibeamte aus dem Rheingau-Taunus-Kreis sowie eine Kollegin und ein Kollege von der Stabsstelle Sicherheit beim Landkreis Offenbach zu einem DIF-Training.

Das DIF-Training wurde bei der Polizeistation in Limburg unter der fachkundigen Führung der Kollegen Krämer, Ehrecke, Wagner und Nink vom DIF-Trainer-Team des Polizeipräsidium Westhessen an zwei Wochenenden durchgeführt.

Die durchgeführten Szenarien wurden speziell von den DIF-Trainern für die Ordnungspolizei ausgearbeitet und in Theorie und Praxis geschult.

Die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen betreten in diesem Bereich

Neuland, waren jedoch nach den vier Ausbildungstagen so weit, dass sie für das neue Jahr 2011 einen weiteren Lehrgang besuchen wollen.

Da es in diesem Bereich zwischen dem Organisator OPB Ralf Heil von der Ordnungspolizei Niedernhausen und dem Polizeipräsidium Westhessen eine sehr gute Zusammenarbeit gibt, dürfte ein neuer Termin für 2011 kein Problem sein.

An dieser Stelle sei nochmals dem Trainerteam herzlich gedankt, für die hervorragende und kollegiale Zusammenarbeit sowie die bestens vorbereitete Lehrgangsdurchführung.

**Ralf Heil
Niedernhausen**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

ES VERSTARBEN

Erhard Roeder
Kreisgruppe Darmstadt
Richard Stein
Kreisgruppe MTK
August Fischmann
Rainer Jack
Kreisgruppe Kassel

Claus-Jürgen Adolph
Kreisgruppe Offenbach
Robert Stanzel
Bezirksgruppe Frankfurt a.M.
Klaus-Friedrich Hikade
Kreisgruppe Untertaunus

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



ÜBER DAS BERUFSBILD EINES POLIZEIBEAMTEN

Das alte Leitbild ist noch lange nicht vergessen

Als die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor 60 Jahren auf Bundesebene gegründet wurde, waren die Spuren des deutschen Unrechtsstaates bis 1945 noch stark in den Köpfen verhaftet. Gewerkschaftlich organisiert zu sein, war in den Jahren 1933 bis 1945 verboten. Nunmehr sollte es Möglichkeiten geben, die Interessen der Polizeibeschäftigten vertreten zu können. Einhergehend damit war und ist es Kernaufgabe der GdP, das Berufsbild der Polizeibeschäftigten auch mitzugestalten – damit auch zu prägen. Spricht man mit Gewerkschaftern, die seit über 50 Jahren organisiert sind, kann man viel über den damaligen Zeitgeist erfahren. Wer bereit ist, gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen, wartet geradezu auf Einwirkungen und Aufträge, die wiederum Auswirkungen auf seine Arbeit und auf seinen Beruf haben. Ein Gewerkschafter trägt demnach wesentlich zur Formung des Berufsbildes bei. Mittlerweile befinden wir uns in einer absoluten Mediengesellschaft und es vergeht nahezu kein Tag, an dem in den Printmedien oder elektronischen Medien das Tun und Handeln der deutschen Polizei nicht im Fokus steht. Die Öffentlichkeit ist stets informiert und die Polizeibeschäftigten sind, ob sie es wollen oder nicht, präsent denn je in den Augen der Bürger/innen. Diese Tatsache sollte für jeden einzelnen Polizeibeschäftigten auch Maxime seines Handelns sein – gleichgültig ob bei Tätigkeiten am Schreibtisch oder im Kontakt mit dem Bürger. Kleidung, Auftreten, Benehmen, wie Zuhören, Wortwahl und Tonfall, Gestalt und Haltung sind ernst zu nehmende Verhaltensweisen. Ungepflegt, unrasiert, gepierct und körperlern gefällt nicht jedem.

Leitbild der Polizei

Ein Leitbild wurde von Polizeibeschäftigten erstellt und soll von ihnen mit Leben erfüllt werden: „Das Leitbild soll der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten als Orientierung dienen und die Identifikation mit der Aufgabe fördern, den Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern als Zentrum des Handelns der Polizei zu begreifen.“ (Textauszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 14. Wahlperiode des Hessischen Landtags zwischen SPD und Bünd-

nis 90/Die Grünen, 1995–1999). Die Vorstellung vom Berufsbild der Polizei (ein Beruf, dessen Tätigkeit sich überwiegend vor den Augen der Öffentlichkeit abspielt) wird in der Bevölkerung von Normabweichungen geprägt. Das Urteil über die Polizei wird damit unverhältnis-



Vorbildliches Verhalten der Polizist/innen prägt bei der Bevölkerung das Bild von der Polizei.

mäßig von den wenigen Fehlern beeinflusst, die bei der vielschichtigen Arbeit geschehen können. Hierzu bietet das Leitbild nach wie vor hervorragende Ansätze, um innerhalb und vor allen Dingen auch bei den Bürger/innen ein hohes Maß an Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen.

Unsere Arbeit ist Verantwortung. Wir sind ein unparteiischer Garant für Demokratie und Menschenrechte, Recht und Gesetz sind Grundlagen unseres Handelns. Objektivität und gesunder Menschenverstand sind für uns unverzichtbar. Wir hören zu und begegnen allen mit Höflichkeit und dem Respekt, den wir auch erwarten. Wir sind offen, verständnisvoll und tolerant. Wir verhalten uns vorbildlich.

Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Als Partner für Sicherheit sind wir rund um die Uhr

ansprechbar. Wir schaffen Vertrauen und Akzeptanz durch kompetentes Handeln. Wir achten auf unser Erscheinungsbild. Wir sind hilfsbereit, freundlich und korrekt. Wir erklären, was wir tun.

Wir sind ein Team. Wir setzen uns klare Ziele und erreichen diese gemeinsam. Wir unterstützen und motivieren uns gegenseitig. Wir erkennen und respektieren die Wichtigkeit der Aufgaben aller. Wir sind neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen. Wir sind initiativ und übernehmen Verantwortung. Aus Fehlern lernen wir. Mit Offenheit und Ehrlichkeit schaffen wir Vertrauen.

Wir sind ein Teil der Gesellschaft. Wir erkennen frühzeitig Entwicklungen und tragen Vorschläge an die Politik heran. Wir gehen auf die Medien zu und zeigen Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen unserer polizeilichen Arbeit auf. Mit anderen Behörden und Institutionen arbeiten wir unvoreingenommen und zielorientiert zusammen. Wir gehen vorurteilsfrei mit allen gesellschaftlichen Gruppen um.

Wenn wir das Leitbild berücksichtigen, werden wir Vertrauen in der Bevölkerung gewinnen und immer wieder bestätigen. Wenn wir den zahlreichen Umfragen glauben dürfen, gelingt dies der Polizei. In Statistiken erhält sie immer wieder hervorragende Vertrauenswerte – weit bessere als beispielsweise Politiker oder Medien. Basis für dieses Vertrauen ist einerseits die hohe charakterliche Integrität der Polizist/innen und andererseits eine professionelle, disziplinierte unvoreingenommene und unbestechliche Arbeit, die im Einzelfall auch Menschlichkeit und Verständnis für den Betroffenen aufbringen und auch einmal ein Auge zudrücken kann.

Zufriedenheit durch gute Arbeitsbedingungen

Prägend für das Selbstverständnis der Polizeibeschäftigten sind aber auch – und dies in zunehmenden Maße – die herrschenden Arbeitsbedingungen. Arbeitszeit und Zufriedenheit mit dem Einkommen, Klima in der Dienststelle, Beurteilung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis zu den Problemen der Pendler

Fortsetzung auf Seite 8



ÜBER DAS BERUFSBILD EINES POLIZEIBEAMTEN

Fortsetzung von Seite 7

sind dabei zu berücksichtigen. Auch bei der hessischen Polizei ist nach wie vor der Personalbedarf im Rhein-Main-Gebiet höher als im übrigen Land. Da ist es nicht verwunderlich, dass allmorgendlich ganze „Einheiten in Uniform“ an den Bahnhöfen der hessischen Städte mit ICE-Anschluss auszumachen sind. Die mangelhafte personelle Ausstattung, die zwar sukzessive durch Personalzuwächse gelindert wird (steter Tropfen höhlt den Stein), aber dennoch das tägliche dienstliche Leben und damit die Dienstplanung bestimmt, ist ein prägnanter Indikator der Berufszufriedenheit innerhalb der hessischen Polizei.

„Es gibt keinen anderen Beruf, der nur annähernd mit so vielen erschwerenden Umständen konfrontiert wird. Nahezu bei jedem Dienst, zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Wochen- wie Feiertagen, zu allen Jahreszeiten und auch bei katastrophalen Witterungsbedingungen muss der Polizist selbst unter schwersten örtlichen Bedingungen oft folgenschwere Entscheidungen treffen und Maßnahmen durchführen, über die sich hinterher unter Umständen Richter mehrerer Instan-

zen jahrelang den Kopf zerbrechen und zu unterschiedlichen Urteilen kommen. Diese Tatsache wird viel zu wenig erkannt und anerkannt.

Aufgaben von Personalrat und Gewerkschaft

Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter übernehmen mit einem Mandat die Pflicht, sich u. a. für die beruflichen und sozialen Belange ihrer Kolleg/innen einzusetzen. In Kenntnis des verbesserungsbedürftigen Berufsbildes ist es daher ihre Aufgabe, sich Ursachen und Wirkungen schädigender (allerdings auch positiv wirkender) Einflüsse auf unser Berufsbild bewusst zu machen und Maßnahmen anzustreben, die Missstände beseitigen können.“

Wir müssen als Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter/innen den Mut haben, Schaden von den Polizeibeschäftigten abzuwenden. Dies gilt dann, wenn es darum geht, dem Dienstherrn im Sinne der Beschäftigten die Stirn zu bieten. Als Beispiel dazu ein Fall aus der jüngsten Praxis. Ein Falschparker, der in unmittelbarer Nähe vor einer Gastwirtschaft verkehrsbehindert parkt, ruft eine Streife

auf den Plan. Die Streifenbesetzung betritt die Gaststätte und fragt nach dem Fahrzeughalter. Dieser meldet sich zu Wort, in dem er pöbelnd, weil angetrunken, die Kollegen beleidigt. Maßnahmen zur Personalienfeststellung werden getroffen und der „Störer“ wird zur Dienststelle sistiert. In den darauf folgenden Tagen kommt Post von einem Rechtsanwalt. Von Freiheitsberaubung ist unter anderem zu lesen. Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren ein. Die Behörde nicht! Sie fängt an zu ermitteln. Folge: Dienstliche Äußerungen und Vermerke werden von den Kollegen abverlangt. Sieht so die Fürsorge gegenüber den Beamtinnen und Beamten aus? Ein Schlag ins Gesicht derer, die mit rechtsstaatlichen Mitteln den Rechtsstaat beschützen.

Damit kein Zweifel aufkommt: Wenn aus den eigenen Reihen falsches Verhalten an den Tag gelegt wird, müssen wir ebenfalls mit allen Mitteln dagegenhalten. Sonst verlieren wir als Personalrats- und Berufsvertretung unsere Berechtigung, im Sinne der Polizeibeschäftigten und für deren Wohl zu streiten und zu handeln.

*Jens Mohrherr, Wiesbaden***EHRUNGEN****25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum****Jürgen Peter**
Kreisgruppe HBP Mudra**Andreas Krieg**
Kreisgruppe Odenwald**Jörg Haben**
Ingo Herrmann
Manfred Kern
Uwe Link
Peter Strate
Frank Voit
Walter Wehner
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum****Tino Müller**
Kreisgruppe HBP Mudra**Helmut Grohmann**
Peter Hagelgans
Bernd Hochstuhl
Gerhard Kempf**Karl Kraus**
Martin Krawat
Herbert Lange
Rolf Lieberum
Helmut Loos
Jürgen Lörcher
Alfred Möller
Gerhard Möller
Alfred Müssigbrodt
Harald Rechau
Wolfgang Richter
Manfred Roos
Helmut Schallert
Karl Schreiber
Helmut Schunda
Peter Seim
Frank Stankus
Hans-Jürgen Storch
Peter Wachtel
Wolfgang Zimmermann
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.**50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum****Jürgen Kattendick**
Ingrid Kossmann
Klaus Eberhard Peisker**Heinrich Reitmeier**
Eduard Tontsch
Hans Helmut Werkmeister
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.**60-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum****Willi Löblein**
Kreisgruppe HBP Mudra**Margarete Alsheimer**
Horst Mitschke
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.**80-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum****Ludwig Ditzel**
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.